

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung vom 11. Dezember 2009

Der erste Tagesordnungspunkt war die Aktuelle Stunde der Freiheitlichen zum Thema: „Kriminalität stoppen – Grenze sichern“

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/426/426.htm>

KO Waldhäusl erklärte, dass mittlerweile kein Tag vergeht, ohne dass neue brutale Straftaten bekannt werden. Er wies darauf hin, dass es vor allem die Aufgabe der Politik ist, die Menschen in unserem Land vor dieser Entwicklung zu schützen. Alle 6 Minuten kommt es in Niederösterreich zu einer Straftat, über 70% der Täter kommen aus dem Ausland. Gerade dieser Umstand zeigt, dass nur eine vorübergehende Wiedereinführung der Grenzkontrollen die Lösung für dieses Problem sein kann. Ein Vorteil dieser Kontrollen ist auch die Möglichkeit, Asylwerber direkt an der Grenze aufzugreifen. Diese Menschen könnte man gleich an der Grenze, entsprechend dem Dublin Abkommen, zurückweisen. Da Österreich keine EU-Außengrenzen mehr hat, würde das dazu führen, dass die Zahl der Asylanträge gegen Null geht. Aus diesem Umstand würden 200 Millionen Euro aus dem Asylwesen frei. Diesen Be-

trag könnte man für die Personalaufstockung bei der Exekutive verwenden.

LAbg. Huber bedankte sich im Zuge seiner Ausführungen für die hervorragenden Leistungen der Polizei bei der Verbrechensbekämpfung und hob auch den mutigen Einsatz eines Sicherheitsmannes im Zuge eines Bankraubes in Blindenmarkt hervor. Angesichts der personellen Unterbesetzung bei der Polizei warf Huber der ÖVP vor, außer einer politischen Umfärbung für die Exekutive nichts Positives zustande gebracht zu haben. Begleitend zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen forderte Huber auch wieder ein Aufgriffsrecht für das Bundesheer, denn nur so ist der Assistenzeinsatz auch sinnvoll! Als Negativbeispiel für die unkontrollierte Zuwanderung durch die offenen Grenzen führte der Abgeordnete jene 65 kürzlich aufgegriffenen Türken an, die fast zur Gänze in die Illegalität abgetaucht sind. Das ist kein Einzelfall, etwa 200 Asylanten werden so monatlich zu U-Booten in Österreich.

KO Stv. Königsberger erklärte, dass sich das Verhältnis einheimischer Verbrecher zu Tätern aus dem Ausland mittlerweile vollkommen umgekehrt

hat. Über 70% der Kriminellen stammen aus dem Ausland, wenn man die „einheimischen“ Täter auf ihren Migrationshintergrund überprüft, liegt die Zahl fast bei 90%. Die Staatsangehörigkeit der Insassen unserer Justizanstalten belegt diese Zahlen. Als speziellen Rohrkrepierer bezeichnete Königsberger die SOKO-Ost. Es handelte sich dabei um eine reine Alibi-Aktion, die keine wie auch immer geartete Erfolge verzeichnen konnte. Besondere Kritik übte er an BM Fekter, die kürzlich im Zuge einer Imagekampagne für 250.000€ Inserate schaltete, obwohl es bei der Polizei an allen Ecken und Enden an Geld mangelt. Auch Königsberger sprach sich deutlich für die vorübergehende Wiedereinführung der Grenzkontrollen aus.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte eine aktuelle Stunde zum Thema „Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsmotor NÖ Gemeinde beginnt zu stottern – die NÖ Gemeinden brauchen ein eigenes Konjunkturpaket“

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/430/430.htm>

KO Gottfried Waldhäusl bestätigte im Zuge seiner Ausführungen, dass es unübersehbar ist, dass die NÖ Gemeinden dringend Gelder benötigen. Dieses Geld sollte aber nicht, wie von der ÖVP nach der Gemeinderatswahl geplant, über beispiellose Erhöhungen der Gebühren eingenommen, sondern aus Landesgeldern zur Verfügung gestellt werden. Der Klubobmann sagte, dass die Belastungsgrenze bei der Bevölkerung bereits erreicht ist und die Bürger daher vor weiteren Anschlägen auf ihre Brieftaschen verschont werden müssen. Besondere Kritik übte er am Vorschlag von LH Stv. Sobotka, der mit den betroffenen Gemeinden Beratungsgespräche führen möchte. Sobotka hat bereits bei der Veranlagung der Wohnbaugelder gezeigt, wie man es nicht macht, weshalb ihm auch jede Beratungskompetenz fehlt. Kein Verständnis hat der Klubobmann für die derzeit laufende „Erpressung“ der Bürgermeister seitens des Landes Niederösterreich. Ihm seien Fälle bekannt, wo Bürgermeister Bedarfszuweisungen erst dann erhalten, wenn sie ihre Gebühren auf ein Maximum angehoben haben. „Abzocke dieser Art kann es nicht sein!“, schloss Waldhäusl.

LAbg. Sulzberger sagte, die Krise sei von „Finanzcasinospielern“ verursacht und habe gewaltige Folge für die gesamte Volkswirtschaft. Die Konjunkturerholung reiche vorerst noch nicht für eine Entspannung. Die Krise schlage sich daher auch am Steuersektor nieder. Die Ertragsanteile für die Gemeinden sind von Bund und Land um rund 15% gekürzt worden. Auch er forderte, dass die maroden Gemeindebudgets nicht über Gebührenerhöhungen finanziert werden dürfen.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die Abstimmung zum FPÖ Antrag betreffend „Kriminalität stoppen – Grenze sichern!“

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/427/427.htm>

Der Antrag wurde von VP, SP und Grünen abgelehnt

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zur Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Weinviertel Mistelbach, Zu- und Umbau

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/419/419.htm>

LAbg. Karl Schwab nahm zum geplanten Zu- und Umbau des Weinviertelkrankenhauses Mistelbach Stellung und betonte, dass er aus eigener Erfahrung weiß, wie wichtig diese Einrichtung für die Region ist und welche hochwertige Versorgung hier für die Patienten gewährleistet wird. Er kündigte daher an, dass die Freiheitlichen diesem Antrag gerne zustimmen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung zum Antrag betreffend Musikförderung im ORF-Gesetz

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/424/424.htm>

LAbg. Sulzberger sagte, dass es wichtig ist, dass österreichische Künstler auch im ORF einen entsprechenden Stellenwert bekommen müssen und sich die FPÖ daher diesem Antrag anschließt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

Als nächster Tagesordnungspunkt folgten Debatte und Abstimmung über den SPÖ Antrag betreffend Anhebung der 10% Quote bei Schulversuchen

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/04/434/434.htm>

LAbg. Huber kritisierte die vielen „Experimente im Bildungswesen auf dem Rücken der Schüler“. Viel wichtiger seien grundlegende Reformen. Es könne nicht sein, dass die Privatschulen boomen und die Hauptschulen keine Schüler finden. Die Reform der Hauptschule sei notwendig. Außerdem sollten den Lehrkräften in den Schulen auch Büros zur Verfügung gestellt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte die Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend Hochwasserschutz in Niederösterreich

<http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/LVXVII/03/331/331.htm>

Klubobmann Gottfried Waldhäusl kritisierte, dass die Beantwortung der Anfrage an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend den Hochwasserschutz nicht ausreichend gewesen sei. Zwar seien die bisher verwirklichten Projekte exzellent angeführt worden, aber bei den Problemen im Bereich der Verwirklichung von Hochwasserschutzmaßnahmen hat Pernkopf keine Antwort gegeben. In vielen Gemeinden würde seit vielen Jahren geplant, aber die Verwirklichung des Hochwasserschutzes verzögere sich aufgrund von Differenzen mit der Förderabteilung des Landes, einer fehlenden Co-Finanzierung oder Problemen bei der Grundabtretung von Grund bei den Eigentümern. Waldhäusl sagte, eine Anfragebeantwortung wäre möglich gewesen, die geforderten Antworten müssten dem Land vorliegen. Es gebe keine gesetzliche Grundlage, warum diese Fragen nicht beantwortet wurden. Es gelte, eine Klärung herbeizuführen. Er stellte den Antrag, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Der FP-Antrag auf „Nichtzurkenntnisnahme“ wurde von VP und SP abgelehnt

Ende der Sitzung 17.45